

Leitartikel

Versuch, aus Not eine Tugend zu machen

Die vom Regierungschef ungewollt initiierte Debatte könnte ihr Gutes haben. Dann, wenn es nicht beim Lippenbekenntnis bleibt, die Justiz „zu stärken“ – nicht nur finanziell.

Von Karin Leitner

Der Aufschrei der Justizvertreter war berechtigt. Dass ein Bundeskanzler Repräsentanten der „dritten Gewalt“ – der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft – Parteilichkeit unterstellt, ist ein Novum. Offen hat er das nicht getan, sondern „off records“. Die Verbalatacken sind dennoch publik geworden.

Sebastian Kurz versucht, aus der Not eine Tugend zu machen – indem er sich als Reformler geriert, auch wenn er für den Bereich nicht zuständig ist, sondern Grünen-Ministerin Alma Zadic. „Defizite und Verbesserungspotenziale“ ortet er. Ein bewerkenswerter Befund ob ÖVP-Ministern vom 2. Dezember 2008 bis zum

3. Juni 2019. Verfahren dauerten zu lang, befindet Kurz, „on records“ seit Tagen. Ja, das stimmt – verschulden tun das aber nicht die Staatsanwälte. Vom Ressourcenmangel rührt das her. Personal fehlt allerorten.

Auf das hat schon Clemens Jabloner, Ressortchef der Übergangsregierung, mit einem Sprachbild hingewiesen. Er warnte vor dem „stillen Tod“ der Justiz. 90,6 Millionen Euro mehr seien vonnöten – um den Status quo aufrechtzuerhalten. Neuerungen seien da nicht eingepreist. Die Ständevertreter beziffern den zusätzlichen Bedarf nun mit 150 Millionen.

Den türkis-grünen Koalitionären war das bewusst. Im Regierungsprogramm haben sie festgeschrieben, die Justiz bes-

ser zu dotieren. Das zu machen, beteuern sie auch jetzt – nach der „Aussprache“ mit Vertretern der Justiz. Die ÖVP stellt den Finanzminister. Er kann bei den Budgetverhandlungen zeigen, dass das kein Lippenbekenntnis war.

Ein solches sollte auch nicht sein, „die Justiz zu stärken“. Mit Pauschalverdächtigungen gelingt das aber nicht; mit diesen wird das – zu Recht hohe – Vertrauen der Bürger in die Justiz geschwächt. Das darf niemand wollen.

Gestärkt würde die Unabhängigkeit von Richtern und Staatsanwälten auch durch etwas, auf das diese seit Langem drängen: dem Justizminister das Weisungsrecht zu entziehen, es einem Generalstaatsanwalt zu übertragen,

bestellt vom Parlament. Die Grünen wollten das, die ÖVP ist aber nach wie vor dagegen. Sie denkt hoffentlich um.

Die Teilung der Gewalten ist ein hohes Gut, das es zu schützen gilt. Nicht den Hauch von Parteilichkeit darf es bei Staatsanwälten geben, nicht den Hauch von Druck auf diese von der Politik. Schärft die jetzige Debatte das Bewusstsein dafür, dann war sie dienlich.

Lesen Sie dazu mehr auf Seite 9

karin.leitner@tt.com



Kommentar

Eine faire Chance verdient

Von Peter Nindler

Dass Asylwerber, die bereits eine Lehre begonnen haben, nicht mehr abgeschoben werden, ist ein wesentlicher Fortschritt. Doch die Politik bleibt wie so oft auf halbem Weg stecken. Denn was kommt danach? Im Sinne der Rechtsstaatlichkeit darf eine Lehre oder berufliche Integration allerdings nicht mit politischem Asyl vermischt werden. Deshalb benötigt es Lösungen für gut integrierte Asylwerber, die zwar keine Chance auf einen anerkannten Flüchtlingsstatus haben, jedoch auf Ausbildung oder Arbeit. Von Ausweisung bedrohte Migranten in Mangelberufen wie der Pflege stellen die Abschiebepaxis ohnehin infrage.

Sie hebeln eine geregelte Zuwanderung sicher nicht aus, doch die Bundesregierung muss sich endlich emotionslos dieser Frage stellen. Die Reform der Rot-Weiß-Rot-Karte für qualifizierte Arbeitskräfte aus Drittstaaten wäre ein Ansatz. Ebenfalls eine befristete Aufenthaltsgenehmigung nach der Lehre bzw. Ausbildung, wenn der Asylantrag abgelehnt wird. Die deutsche „3+2-Regelung“ könnte dafür ein Vorbild sein.

Asyl-Missbrauch gilt es zu bekämpfen. Doch pauschale Vorurteile haben in der Politik nichts verloren und dürfen ihr Handeln nicht bestimmen. Schon jetzt gibt es genügend (fremden-)polizeiliche Maßnahmen, um dagegen vorzugehen. Integration hat etwas mit Vertrauen zu tun, das Migranten entgegengebracht werden sollte. Dazu gehört schlussendlich das Erlernen der deutschen Sprache und Beschäftigung. Wenn das gelingt, sollten Asylwerber mit negativem Bescheid ein faire Chance bekommen.

Lesen Sie dazu mehr auf Seite 4



Lesen Sie dazu mehr auf Seite 4

peter.nindler@tt.com

Frage des Tages (1151 Teilnehmer)

Nach nur zwei Rennen hat sich der Schweizer Loic Meillard die kleine Kristallkugel im Parallel-Riesentorlauf gesichert. Macht das Sinn?

11% Ja, eine Weltcup-Kugel ist eine Weltcup-Kugel.

60% Nein, damit führt sich der Ski-Zirkus ad absurdum.

29% Ist mir egal, Skifahren interessiert mich nicht.

Die Umfrage finden Sie auf www.tt.com



Karikatur

„Deutsches Handtuch-Werfen“



Analyse

Merkel-Dämmerung und Richtungsstreit zerreißen CDU

Von Christian Jentsch

Der angekündigte Rückzug von CDU-Parteichefin Annegret Kramp-Karrenbauer gestern im Parteipräsidium kam zwar offenbar überraschend. Doch letztlich blieb der glücklosen Parteichefin nach dem Politbeben in Thüringen – dort wurde vergangenen Mittwoch der FDP-Politiker Thomas Kemmerich mit den Stimmen der CDU und der AfD zum Kurzzeit-Ministerpräsidenten von Thüringen gewählt – und dem völlig missglückten Krisenmanagement auch nicht viel anderes übrig. Ein Durchtauchen hätte ihren Rückzug wohl nur verzögert. Kramp-Karrenbauer, die sich Ende 2018 bei der Wahl zum Parteivorsitz nur knapp gegen den früheren Unionsfraktionschef Friedrich Merz durchgesetzt hatte, kündigte also ihren Verzicht auf die Kanzlerkandidatur und den zeitnahen Rücktritt von der Parteispitze an. Die 57-Jährige

konnte ihre Union nicht mehr zusammenhalten. Dabei ist die Krise in Thüringen nur die Spitze des Eisberges. Die CDU steht angesichts der Merkel-Dämmerung vor einer Zerreißprobe. Wohin soll die Reise der Partei führen, mit welchen Inhalten und Themen kann man die bürgerliche Mitte besetzen und wie klar erfolgt die Abgrenzung zum rechten Rand – Ost-Landesverbände haben sich ja schon des Öfteren für eine Zusammenarbeit mit der AfD ausgesprochen –, alles Fragen, die innerhalb der Union keineswegs einheitlich beantwortet werden. Und die Nachfolger von Kanzlerin Angela Merkel scharren bereits in den Startlöchern. Friedrich März gilt als Liebling der Konservativen, welche die Politik Merkels als zu weit links lauthals kritisieren. Die rechtskonservative Werteunion hat sich gestern jedenfalls für Merz ausgesprochen. Und auch Gesundheitsminister Jens Spahn hat sich in erster Linie als Kritiker Merkels profiliert. Als Vertreter der Mitte gilt Armin Laschet, Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen.

Eines ist klar: Der CDU steht ein aufreibender Richtungsstreit mit ungewissem Ausgang bevor.

Lesen Sie dazu mehr auf Seite 11



christian.jentsch@tt.com

Kopf des Tages

Ein neues Kapitel in der Filmgeschichte

Bong Joon-ho (Regisseur und Drehbuchautor)

Bong Joon-ho hat schwer zu tragen. Kurz nach seinem sensationellen Oscar-Sieg mit dem Film „Parasite“ tritt der 50-jährige Südkoreaner mit zwei Academy Awards in den Händen vor die Medien. Zwei weitere Oscars halten seine Produzentin und sein Drehbuchautor. Es fühle sich surreal an, sagt der Regisseur, dessen Film im Vorjahr bereits bei den Filmfestspielen in Cannes ausgezeichnet wurde. „Vermutlich trifft mich gleich irgendwas am Kopf und ich werde aus diesem Traum aufwachen.“ In der Nacht auf Montag hat Bong Joon-ho Filmgeschichte geschrieben. Erstmals kürte die Academy of Motion Picture Arts and Sciences eine nicht-englischsprachige Produktion zum besten Film des Jahres. Bong Joon-ho wurde zudem als bester Regisseur ausgezeichnet. Und nützte seine Dankesrede für den vielleicht schönsten Moment einer alles in allem etwas zähen Preisgala: Er sorgte dafür, dass nicht nur er mit stehenden Ovationen bejubelt wurde, sondern auch Alt- und ewig junger Kinolehrmeister Martin Scorsese (77), der bei seiner neunten Nominierung für den Regie-Oscar zum achten Mal leer ausging.

Eine filmhistorische Fußnote hat Bong Joon-ho übrigens schon vor seinem Oscar-Triumph mitverantwortet. Seine Science-Fiction-Parabel „Okja“ war 2017 der erste Netflix-Film, der beim renommierten Filmfestival in Cannes im Wettbewerb lief. Was zu einem heftigen Scharmützel über die Zukunft des Kinos – und einem Streaming-Verbot an der Croisette führte. Auch seine Erfolge bei den 92. Academy Awards setzt er nun mit dem Aufkommen von Streamingdiensten in Verbindung: Durch die einfachere Verfügbarkeit von Filmen würden geografische Grenzen fallen. „Vielleicht ist es irgendwann nichts Besonderes mehr, wenn ein koreanischer Film den Oscar gewinnt“, so der Regisseur, der seinen irrwitzigen Weltuntergangsgeheimtipp „Snowpiercer“ 2014 zu großen Teilen am Hintertuxer Gletscher drehte. (jole)

Lesen Sie dazu mehr auf Seite 13

